

NIKOLAUS BERLAKOVICH
Bundesminister

XXIV. GP.-NR
3036 /AB

19. Nov. 2009

lebensministerium.at

zu 3092 /J

ZI. LE.4.2.4/0169-I 3/2009

An die
Frau Präsidentin
des Nationalrates
Mag.^a Barbara Prammer

Parlament
1017 Wien

Wien, am 16. NOV. 2009

Gegenstand: Schriftl. parl. Anfr. d. Abg. z. NR Mag. Christiane Brunner,
Kolleginnen und Kollegen vom 23. Sept. 2009, Nr. 3092/J,
betreffend irreführende Sonnenenergie-Inserate auf Kosten
der SteuerzahlerInnen

Auf die schriftliche parlamentarische Anfrage der Abgeordneten Mag. Christiane Brunner,
Kolleginnen und Kollegen vom 23. September 2009, Nr. 3092/J, teile ich Folgendes mit:

Zu den Fragen 1 bis 3:

Die betreffenden Inserate wurden als programmbegleitende Maßnahmen zur Photovoltaikaktion des Klima- und Energiefonds beauftragt. Dem immensen Interesse an der PV-Aktion 2009 Rechnung tragend, sollten potentielle Antragsteller informiert werden, dass die PV-Aktion im Jahr 2010 festgesetzt und auf 35 Mio. € aufgestockt wird.

Insgesamt wurden 12 Einschaltungen (11 am 23.9.09 und eine am 24.9.09) in folgenden Medien beauftragt:

Wirtschaftsblatt, Vorarlberger Nachrichten, Tiroler Tageszeitung, Salzburger Nachrichten, Standard, Presse, Österreich, Oberösterreichische Nachrichten, Kurier, Kleine Zeitung, Krone, Heute/Wien + NÖ + OÖ.

Die Kosten beliefen sich auf insgesamt € 122.571,55 inkl. MWSt.

Zu Frage 4:

Die Kosten wurden aus dem Budget für programmbegleitende Maßnahmen des Klima- und Energiefonds getragen.



Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft, A-1012 Wien, Stubenring 1
Tel. (+43 1) 711 00-6708, Fax (+43 1) 712 07 10, E-Mail: buero.berlakovich@lebensministerium.at

Zu Frage 5:

Wären die Inserate nicht geschaltet worden, wäre das Geld nicht zur Förderung von PV-Anlagen, sondern für andere programmbegleitende Maßnahmen verwendet worden.

Zu Frage 6:

Die PV-Förderung für Private wird im Jahresprogramm des Klima- und Energiefonds Berücksichtigung finden.

Zu Frage 7:

Das Budget des Klima und Energiefonds 2010 beträgt laut Bundesfinanzgesetz 150 Mio. €. Da das Arbeitsprogramm 2010 des Klima und Energiefonds zum Zeitpunkt des Beschlusses der 35 Mio. € noch nicht geplant war, müssen aufgrund der Aufstockung der PV-Aktion keine anderen geplanten Schwerpunkte des Klima- und Energiefonds gestrichen werden.

Zu den Fragen 8 bis 10:

Alle, die heuer nicht zum Zug kamen, sollten über die nochmalige und verbesserte Chance im Jahr 2010 informiert werden. Mit der Aufstockung und den diesbezüglichen Inseraten wurde auf die vielen Bürgeranfragen und Medienberichte zur PV-Aktion 2009 reagiert.

Natürlich ist die Aufstockung nur ein Schritt von vielen zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für PV-Anlagen. In Zeiten der angespannten Budgetsituation ist aber mit der vom Parlament mit 2/3-Mehrheit unterstützten Aufstockung ein weiterer wichtiger Schritt gelungen.

Zu Frage 11:

Der Sachinhalt, dass es nächstes Jahr mehr Geld für die PV-Aktion geben wird, stand im Mittelpunkt.

Der Bundesminister:

